



Das sagen die Gegner des Wahlrechts ab Geburt

Natürlich hat die Idee des Wahlrechts ab Geburt nicht nur Freunde. Und genau wie bei den Befürwortern gibt es auch bei den Gegnern ein Bündnis quer durch alle Parteien. Es wird zwar gewünscht, dass Familien eine wichtigere Rolle spielen. Das Wahlrecht ab Geburt wird dafür aber nicht als das richtige Instrument angesehen. Außerdem befürchten die Gegner, dass ein Wahlrecht ab Geburt lediglich zu mehr Wahlversprechen, nicht aber zu einer besseren Familienpolitik, führt.

Widerspruch zum Grundgesetz

Rechtlich wird das Wahlrecht ab Geburt vor allem abgelehnt, weil die Kritiker darin einen Widerspruch zum Grundgesetz sehen. **Das genaue Gegenteil ist aber der Fall:** Das Grundgesetz sagt in Artikel 20, dass das Volk mittels Wahlen die Politik zu bestimmen hat. Von einer Altersbegrenzung ist hier nicht die Rede. Artikel 20 ist ein Grundrecht, das mit keiner noch so großen Mehrheit geändert werden darf. Bei anderen Artikeln ist das dagegen durchaus möglich – so etwa beim Artikel 38, der das Wahlalter auf 18 Jahre festlegt. Er wurde schon früher geändert, bei der Herabsetzung des Wahlalters von 21 auf 18 Jahre. Möglich wäre eine Änderung, wenn zwei Drittel der Bundestagsabgeordneten dafür stimmen würden.

Verstoß gegen freie und geheime Wahlen

Die Gegner meinen außerdem, wenn Eltern für ihre Kinder das Wahlrecht ausüben, verstoße das gegen das Prinzip der unmittelbaren, freien und geheimen Wahl. Das Wahlrecht zwingt dazu, höchstpersönlich zu wählen. **Stimmt so nicht**, sagen die Anhänger des Wahlrechts ab Geburt und verweisen unter anderem auf die Briefwahl und die Unterstützung beim Wahlakt durch Helfer für sehr alte oder behinderte Menschen.

Verstoß gegen die Stimmgleichheit

„One man, one vote“: Auch diesen demokratischen Grundsatz sehen die Gegner durch das Wahlrecht ab Geburt verletzt. Aus ihrer Sicht muss nach diesem Grundsatz jeder Wähler gleich viele Stimmen und jede Stimme den gleichen Erfolgswert haben. Wenn Eltern mehr Stimmen abgeben könnten als Kinderlose, wirke sich das Wahlrecht ab Geburt in der Praxis als Pluralwahlrecht zugunsten von Müttern und Vätern aus. **Befürworter des Wahlrechts ab Geburt sehen jedoch ein gleiches Wahlrecht überhaupt erst dann als erfüllt, wenn alle Staatsbürger – also auch die Kinder – ein Stimmrecht haben.** Wieso sollte ein kinderloses Ehepaar zwei Stimmen haben, eine geschiedene Mutter mit drei Kindern zum Beispiel aber nur eine? Mit dem Wahlrecht ab Geburt wird eine logische Weiterentwicklung hin zu mehr Demokratie und Beteiligung vollzogen.

Kinder können sich noch kein klares Urteil bilden

Ein weiteres Argument der Kritiker: Der Wahlausschluss von Kindern ist sachlich begründet, weil sie noch nicht in der Lage sind, sich ein klares Urteil zu bilden. **Zählt ebenfalls nicht**, finden die Befürworter. Denn solange dies zutrifft, nehmen ja die Eltern stellvertretend das Wahlrecht der Kinder wahr. Und außerdem: Es gibt auch etliche Erwachsene, die so gut wie nichts über Parteiprogramme oder Kandidatenprofile wissen. Ihr Kreuzchen dürfen sie aber trotzdem machen.



Nicht alle Eltern wählen im Interesse der Kinder

Die Gegner fürchten außerdem, dass längst nicht alle Eltern wirklich im Interesse ihrer Kinder wählen. **Die Befürworter des Wahlrechts ab Geburt halten dagegen:** Man könne bei der weit überwiegenden Mehrzahl der Eltern sehr wohl davon ausgehen, dass sie die Interessen ihrer Kinder und deren Zukunft bestmöglich vertreten. Schließlich müssten sie auch sonst von Rechts wegen weitreichende Entscheidungen im Sinne ihres Kindes fällen, zum Beispiel bei der Wahl der Schulart oder bei medizinischen Fragen.

Konfliktfälle können entstehen

Und was passiert mit den Wahlstimmen der Kinder, wenn die Eltern sich trennen oder sich scheiden lassen? Oder falls es zwischen den Eltern beziehungsweise zwischen Eltern und Kind einen Streit über die Stimmabgabe gibt? Das Wahlrecht ab Geburt könnte in solchen Fällen zu schweren Konflikten innerhalb einer Familie führen, fürchten Kritiker. Aus Sicht der Befürworter gibt es jedoch eine **ganze Reihe von Lösungen für diese praktischen Probleme**. Eine Möglichkeit ist etwa, dass Mutter und Vater für jedes Kind einen Stimmzettel mit halbem Wert bekommen. Unumstritten ist, dass das Wahlrecht ab Geburt für mehr politische Diskussionen in der Familie sorgen kann – Und damit die Kinder diesem wichtigen Bereich näher bringt.

Angst vor radikalen Tendenzen

Kinder sind leichter beeinflussbar als Erwachsene. Was für Süßigkeiten-Reklame gilt, trifft eventuell auch auf politische Versprechungen zu. Kritiker befürchten deshalb, dass Kinder einfacher Opfer links- oder rechtsradikaler Kräfte werden können. Zudem bestehen Ängste davor, das Wahlrecht ab Geburt könnte kinderreichen Familien mit politisch extremer Gesinnung zu viel Macht geben. Solche Befürchtungen nehmen auch die Befürworter ernst. Es ist aber nicht das erste Mal, dass sie gegen eine Wahlrechtsänderung ins Feld geführt werden. Unter anderem wurde bei der Ausdehnung des Wahlrechts auf alle Männer im Jahr 1871 bereits so argumentiert – und dieses Wahlrecht ist heute eine demokratische Selbstverständlichkeit.